



## Der Rechtsstaat hat seinen Preis

Die Bürgerinnen und Bürger verspüren seit geraumer Zeit ein schwindendes Sicherheitsgefühl. Nicht erst seit den Vorfällen in der Kölner Silvesternacht wird zunehmend ein handlungsfähiger und wehrhafter Staat gefordert. Dabei rückt die Handlungsfähigkeit der Polizei und die Durchsetzung rechtsstaatlichen Handelns immer mehr in den Mittelpunkt.

Die Gefahr eines terroristischen Anschlages, Amoklagen, die Verunsicherung in der Bevölkerung über die hohe Zahl der Wohnungseinbruchsdiebstähle, die wachsende Internetkriminalität, Vandalismus auf den Straßen sowie die zunehmende Respektlosigkeit gegenüber den Vertretern des Staates verunsichern die Bürger mehr und mehr.

Hinzu kommt die große Sorge um die Bewältigung der Probleme, die durch die Massmigration in unser Land entstanden sind.

Die Zahl der Menschen, die vor Krieg, Terror und Verfolgung fliehen, war noch nie so hoch wie heute. Ende 2015 waren 63,5 Millionen Menschen weltweit auf der Flucht. Im Vergleich dazu waren es ein Jahr zuvor 59,5 Millionen Menschen, vor zehn Jahren 37,5 Millionen Menschen.

Die Menschen verlassen an vielen Orten auf dieser Welt ihre Heimat, weil das Leben dort durch Krieg, Terror, Verfolgung oder Armut für sie unerträglich geworden ist. Wer sich aus diesen Beweggründen auf die Reise macht, wird sich nicht von Zäunen und geschlossenen Grenzen dauerhaft aufhalten lassen. Es braucht deshalb einen fundamentalen Ansatz, um die Flüchtlingsproblematik dauerhaft in den Griff zu bekommen. Dabei spielen die wirtschaftlichen Verhältnisse vor Ort, aber auch insbesondere die Bildung eine entscheidende Rolle. Jeder Euro, den wir vor Ort in die Verbesserung der wirtschaftlichen Bedingungen und in die Bildung investieren, wird sich doppelt auszahlen.

Doch das ist Zukunftsmusik. Wir müssen politisch, gesellschaftlich und auch polizeilich mit denen alleine im Jahr 2015 zu uns gekommenen 1,1 Millionen Flüchtlingen umgehen. Die Integration

dieser Menschen wird uns noch große Anstrengungen auf vielen Gebieten abverlangen. Viele, viel zu viele fühlen sich berufen, mit einfachen Rezepten und teilweise sehr kurz gegriffenen Ansätzen diese Probleme heilen zu können.

Die weltweiten Konfliktherde und das zunehmende Arm-Reich-Gefälle werden den Flüchtlingsstrom auch langfristig nicht abreißen lassen. Hinzu kommt die immer mehr weltumspannende Kriminalität mit immer neuen Erscheinungsformen. Auch die terroristischen Aktivitäten, die in ihrer Masse heute religiös-fanatisch gekennzeichnet sind und sich hauptsächlich gegen die westliche Lebensart richten, werden wir nicht absehbar abstellen können.

Bei dieser Entwicklung ist auch die Polizei mehr und mehr gefordert. Die Bürgerinnen und Bürger haben erkannt, dass die Handlungsfähigkeit eines starken Staates immer wichtiger wird, um Sicherheit und Freiheit bewahren zu können. Die politischen Fehlentscheidungen der vergangenen 20 Jahre, die Polizei personell um 16 000 Stellen zu beschneiden, werden nun auf breiter Front wieder korrigiert. Wir müssen als Gewerkschaft der Polizei dafür sorgen, dass die Bedarfe nun in kürzeren Abständen überprüft und angepasst werden. Eine solche personelle Fehlentwicklung, wie sie seit den 2000er-Jahren ihren Lauf genommen hat, darf es nicht mehr geben.

Ein funktionierender Rechtsstaat braucht motivierte und gut bezahlte Polizistinnen und Polizisten. Wir müssen aufgrund der Rahmenbedingungen in der Lage sein, auch die Besten bekommen zu können. Mit Blick auf die Stellenstruktur der hessischen Polizei muss man feststellen, dass gerade hier ein enormer Handlungsbedarf besteht. Rund 75% der hessischen Polizisten befinden sich im Eingangsamts A 9 oder im ersten Beförderungsamts A 10. Das sind keine rosigen Aussichten für einen erfolgreichen Karriereverlauf. Was wir deshalb jetzt dringend brauchen, ist ein gewichtiges Hebungsprogramm, um den Polizistinnen und Polizisten in Hessen mittelfristig bei ihrer immer schwieriger werdenden Arbeit eine befriedi-



Andreas Grün

gende Karriereperspektive geben zu können.

Die Probleme durch den internationalen Terrorismus und die immer mehr globalisierende Kriminalität sind ein enormer Wachstumsmarkt im negativen Sinne. Freiheit und Sicherheit werden die zentralen Themen der Menschen des 21. Jahrhunderts sein. Und dabei wird auch der Polizei eine herausragende Stellung zukommen. Von den 1,1 Millionen Flüchtlingen, die alleine im Jahr 2015 zu uns kamen, sind einige schon mehrfach kriminell aufgefallen oder haben möglicherweise einen terroristischen Hintergrund. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten, dass der Rechtsstaat in der Lage ist, effizient und erfolgreich die kriminellen Flüchtlinge und Asylbewerber zu identifizieren, einem rechtsstaatlichen Verfahren zuzuführen und sie in ihre Heimatländer abzuschubsen.

Neben vielen anderen internationalen und nationalen Bemühungen ist die in Hessen vorgesehene Konzeption zur täterorientierten Intervention für besonders auf- und straffällige Ausländer (BasA) ein richtiger Weg, um diesem Problem noch besser begegnen zu können.

Es wird noch weitere große Anstrengungen brauchen, um dauerhaft geregelt mit der Migration umgehen zu können. Die Gewerkschaft der Polizei wird darauf achten, dass die teil-



weise noch heute vorhandenen Mehrbelastungen in diesem Bereich weiter zurückgefahren werden und den tatsächlichen Anforderungen Rechnung getragen wird.

Demokratie und Rechtsstaat verlangen hin und wieder ein großes Stück Geduld und Vertrauen. Manchmal ist auch der Preis recht hoch, der

gezahlt werden muss. Ab und zu sind auch Korrekturen notwendig. Es gibt aber keine Alternative zum Rechtsstaat. Es darf deshalb den Hetzern und Populisten nicht gelingen, mit ihren antidemokratischen wie kriminellen Botschaften eine Spaltung der Gesellschaft herbeizuführen. Bei allen Problemen die wir haben – und es wer-

den wohl noch einige hinzukommen-, sollte uns der folgende Satz von Altbundeskanzler Helmut Schmidt immer in guter Erinnerung bleiben:

**„Der Rechtsstaat hat nicht zu siegen, er hat auch nicht zu verlieren, sondern er hat zu existieren!“**

**Andreas Grün**  
Landesvorsitzender der GdP Hessen

**BILANZ**

## **Drei Jahre Schwarz-Grün – was wurde aus den Wahlversprechen?**

Es ist mittlerweile eine Tradition bei der GdP Hessen, zu den Landtagswahlen die „Wahlprüfsterne“ durchzuführen, eine Veranstaltung, bei der Vertreter der Parteien gemeinsam Rede und Antwort zu ihren Plänen mit der Polizei Hessen stehen dürfen. Zuletzt war dies 2013 der Fall, also dem Jahr, in dem die schwarz-grüne Regierung gebildet wurde. Nachdem nun mehr als die Hälfte der Wahlperiode vorüber ist, wird es Zeit, um zu prüfen, was von den Wahlversprechen der gewählten Regierung umgesetzt wurde.

**Wochenarbeitszeit**

Während die CDU eine Senkung der Wochenarbeitszeit aus finanziellen Gründen als schwierig ansah, versprachen die Grünen eine Absenkung auf 40 Wochenarbeitsstunden, beginnend mit dem Schichtdienst.

Durchgesetzt wurde eine Senkung der Wochenarbeitszeit auf 41, die im Jahr 2017 umgesetzt werden soll. Es entfällt aber auch die wöchentliche Stunde für das Lebensarbeitszeitkonto.

**DuZ (Dienst zu ungünstigen Zeiten)**

Die CDU hatte 2013 keine konkreten Pläne zur Anhebung des DuZ, die Grünen wollten eine angemessene Entlohnung, legten sich aber auf keine Zahl fest. Umgesetzt wurde die Erhöhung des DuZ 2016, die Kollegen im Schichtdienst ca. 90 € im Monat mehr einbringt.

**Rückkehr in die TdL**

Da die CDU den Ausstieg auf der Tarifrufion der Länder selbst initialisiert hatte, hatte sie kein Interesse an einer Rückkehr. Genau diese wurde von den Grünen jedoch 2013 gefordert.

Aktuell ist von einer Rückkehr in die TdL keine Rede mehr, Hessen möchte dies nach Gutsherrenart lieber selbst erledigen.

**Novellierung Personalvertretungsgesetz**

Auch die Verschlechterungen im Hessischen Personalvertretungsgesetz (d. h. weniger Mitbestimmung für Mitarbeiter, weniger Freistellungen für Personalratsarbeit) waren in der Vergangenheit von der CDU ausgegangen, daher bestand hier 2013 auch nicht der Wille, dies umfänglich rückgängig machen zu wollen.

Über eine Arbeitsgruppe der DGB-Gewerkschaften wurde dann aber doch eine zusätzliche Freistellung für den Hauptpersonalrat der Polizei durchgesetzt. Außerdem wurde das Hinausschieben des Eintrittes in den Ruhestand zustimmungspflichtig. Die Grünen hingegen wollten deutlich mehr Mitbestimmung und Freistellungen und blieben damit weit hinter den Erwartungen der Kolleginnen und Kollegen zurück.

**Sonstige Änderungen**

Es wurde eine OPE-Zulage geschaffen, außerdem wurde eine Kennzeichnung für geschlossene Einsätze eingeführt. Aktuell wurde die Anzahl der Neueinstellungen erhöht, und zusätzliche Wachpolizisten wurden eingestellt. Kürzungen im Tarifbereich von 147,5 Stellen wurden beschlossen, und sind aktuell nur ausgesetzt.

**Fazit**

Es umfassendes Fazit ist schwierig, da 2013 die weltpolitische Lage eine andere war als aktuell. Der Krieg in Syrien, die Flüchtlingskrise, die Terrorakte und Amokläufe haben das Handeln der Politik geprägt ebenso wie das damit verbundene öffentliche Interesse, welches durch die Medien und viel Öffentlichkeitsarbeit der GdP Hessen verstärkt wurde. In der Zeiten der Angst und Belastung muss sich die Politik die Frage gefallen lassen, warum deutschlandweit

in den letzten Jahren 16 000 Polizeistellen abgebaut werden konnten.

Ein Fazit bzgl. der Wahlversprechen von 2013 ist jedoch sehr einfach. Die CDU hat, stets mit dem Argument „schwarze Null“ und Schuldenbremse bewaffnet, vor drei Jahren nicht viel versprochen - und das auch eingehalten, denken wir an die Nullrunde bzw. 1%-Erhöhung in jüngster Vergangenheit.

Bei den Grünen freilich ist die Lage anders. Von der Absenkung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden, Rückkehr in die TdL und der Novellierung vom Hessischen Personalvertretungsgesetz ist beim Juniorpartner der Regierungskoalition keine Rede mehr. Stattdessen war es ungemein schnell möglich, die Kennzeichnung für geschlossene Einsätze einzuführen – ein Missbrauchsvorschuss für jeden Kollegen bei Demonstrationen und Fußballspielen.

Natürlich gab es auch positive Veränderungen wie die Anpassung des DuZ, die höhere Zahl an Neueinstellungen und die OPE-Zulage. Diese wurden jedoch von der GdP Hessen bereits seit Jahren gefordert, und eine angemessene personelle und technische Ausstattung der Polizei sind keine „Bonbons“ der Politik, sondern deren Pflicht, wenn man im Kampf gegen Verbrechen und Terrorismus keinen Fehlstart hinlegen will. Nun, die nächste Wahl kommt spätestens Ende 2018, dann wird man sehen, was in der Legislaturperiode umgesetzt wurde, und was der Wähler davon denkt. Schließen möchte ich mit einem Zitat von Cicero (106 v. Chr. bis 43 v. Chr., römischer Politiker, Anwalt, Schriftsteller und Philosoph), was trefender nicht sein könnte:

**„Die Grundlage der Gerechtigkeit bildet die Treue, das heißt Zuverlässigkeit und Wahrheit in Reden und Versprechen.“** **Markus Hüschentbett**



## WACHPOLIZEI



## 94 Wachpolizistinnen und – polizisten verstärken im August 2016 die Flächenpräsidien

Der Staatssekretär im Hessischen Ministerium des Innern und für Sport, Werner Koch, hat am Freitag, 5. August, in Anwesenheit vieler Angehöriger, Freunde und Bekannte 94 Wachpolizistinnen und Wachpolizisten im Dienst des Landes Hessen begrüßt. „Die Wachpolizei ist ein wichtiger Baustein der Sicherheitsarchitektur in Hessen. Ich freue mich, sie heute in den Reihen der hessischen Polizei begrüßen zu dürfen“, so Werner Koch an der Polizeiakademie Hessen.

Die Aufgabenbereiche der Wachpolizisten bei der hessischen Polizei sind klar definiert. Die Wachpolizei ist eine sinnvolle Institution, die sich in Hessen seit über 16 Jahren bewährt hat. Das setzt nicht zuletzt Kapazitäten bei der Schutzpolizei frei. Aus der Historie – die ersten Wachpolizisten wurden vor 16 Jahren als Pilotversuch beim PP Frankfurt am Main erprobt – haben sich in Hessen rund 600 Wachpolizisten etabliert. Die Übertragung von Aufgaben an die Wachpolizei hat

bei den Polizei-präsidien zu einer Entlastung von Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten – insbesondere in den Bereichen Objektschutz, Erkennungsdienst, Gefangenen-transporte, Vorführungen und Abschiebungen – geführt.

Die Einstellung von 100 neuen Wachpolizistinnen und Wachpolizisten wurde bereits frühzeitig im Rahmen der Haushaltsplanung 2016 beschlossen. Von insgesamt 100 eingestellten können nach der 18-wöchigen Ausbildung 94 Kolleginnen und Kollegen im Dienst des Landes Hessen begrüßt werden. Leider sind die zusätzlichen Stellen für die Wachpolizei mit einem Haushaltsvermerk (kw-Vermerk) versehen, den der Haushaltsgesetzgeber 2019 dann wieder zu beachten hat.

Einen besonderen Dank richteten zwei Sprecher des Ausbildungsjahrgangs an die Ausbilder! Diese wurden in dem knackigen 18-wöchigen, komprimierten Beschulungszeitraum nicht müde, den

angehenden Wachpolizistinnen und Wachpolizisten wesentliche dienstliche Fundamente zu vermitteln. Mit besonderem Engagement, aber auch sozialer Kompetenz sei es gelungen, auch schwierige Sachverhalte zu vertiefen. Diese gelte es nun, im Rahmen der ständigen Fortbildung weiter zu vertiefen und auszubauen.

In der Sporthalle der Polizeiakademie erhielten die strahlenden Wachpolizistinnen und Wachpolizisten aus den Händen ihrer künftigen Behördenleiter neben den Schulterklappen auch ihre Ausbildungsnachweise.

Beim anschließenden kleinen Empfang kam es dann zu guten Gesprächen zwischen allen Beteiligten, Familien und Angehörigen. Natürlich wurden auch etliche Erinnerungs-fotos gefertigt.

Bleibt zu hoffen, dass unsere neuen Kolleginnen und Kollegen stets Freude am Beruf haben und immer sicher und unverseht nach den Diensten zu ihren Angehörigen zurückkehren.



Die Ehrengäste



GdP



### 3. Erste Hilfe Bildungstag der GdP Hessen

Versorgung von Stich- und Schussverletzungen

Zum dritten Mal konnte der Bildungstag „Versorgung von Stich- und Schussverletzungen“ am 14. Juli durchgeführt werden. Diesmal waren die Kolleginnen und Kollegen aus dem Rhein-Main-Gebiet Zielgruppe. Standort des Bildungstages diente die Liegenschaft in der Calvinstraße in Wiesbaden, wo erneut sehr geeignete Räumlichkeiten für die Durchführung des Bildungstages gefunden wurden.

Die rundum gelungene Organisation vor Ort wurde durch Peter Wittig (Landesvorstand Schwerpunkt Seminare/Bildung), Stefan Rüppel (BZG-Vorsitzender Nordhessen) und Daniel Klimpke (BZG-Vorsitzender Westhessen) veranlasst, sodass für die Teilnehmer ein hervorragender Rahmen geschaffen wurde.

Diesmal fanden sich 20 Kolleginnen und Kollegen zusammen, die hauptsächlich aus dem Einzeldienst des PP Frankfurt und der Bepo Wiesbaden kamen und ebenfalls sehr engagiert bei der Sache waren. An dieser Stelle sei zu erwähnen, dass sogar ein PK-A aus Bremen den langen Weg auf sich nahm, um den Bildungstag live mitzuerleben.

Bevor die theoretische Einweisung und das praktische Üben begann, wurde der ursprüngliche Anlass des Bildungstages vorgestellt, da auch

diesmal die Kollegen keinerlei Kenntnisse über die Abläufe bei Extremsituationen, wie z. B. einem Schusswaffengebrauch, hatten.

*Im November 2014 kam es bei einer häuslichen Gewalt in der Kasseler Innenstadt zu einem Schusswaffengebrauch, nachdem der Störer bei seiner Festnahme eine Dienstwaffe aus dem geschlossenen Holster entreißen konnte und sofort das Feuer auf die eingesetzten Kollegen eröffnete. Dabei wurden zwei Kollegen schwer verletzt, der Störer erlag seinen Verletzungen.*

*Die eigentliche Problematik stellte sich im Nachgang jedoch bei der tat-*



*sächlichen Übergabe der Verletzten an die medizinischen Rettungskräfte.*

*Solange eine Einsatzlage unsicher ist, also für die Rettungskräfte eine Eigengefährdung besteht, rücken Rettungssanitäter und Notärzte nicht zum Einsatzort vor. Dies bedeutete im Fall aus Kassel, dass ein Kollege seinem schwerverletzten Kollegen die offene Beinarterie ca. 12 Minuten händisch abdrücken musste, bevor die Rettungskräfte die Lage übernehmen konnten. Ohne dieses beherzte Zugreifen wäre der schwerverletzte Kollege vor Ort verblutet.*

Das Dozententeam für Taktische Notfallmedizin „Atmus“ um Holger Eggenschwiller und Michael Jacobi wurde diesmal durch Kim Moses (Rettungsassistent) und Thorsten Klug (DGL OPE KS) unterstützt. Somit wurde den Teilnehmern wieder eine kompetente Leitung des Bildungstages geboten. Die realitätsnahe Notfalldarstellung wurde erneut von Michael Barthel und seinem Team umgesetzt.

Im theoretischen Teil wurde anschaulich auf die taktische Medizin



## FORTBILDUNG



Alle Teilnehmer waren voller Enthusiasmus dabei und konnten auf einen abwechslungsreichen und interessanten Tag zurückblicken.

Aufgrund des hohen Interesses innerhalb der Kollegschaft wurde durch Holger Eggenschwiler eine Homepage über diesen Themenkomplex und die Bildungstage eingerichtet. Unter [www.atmus.de](http://www.atmus.de) kann sich jeder interessierte Kollege informieren.

Für den Oktober 2016 ist ein weiterer Bildungstag für die Versorgung von Stich- und Schussverletzungen in Zella geplant.

Weitere Informationen dazu folgen an der GdP-Infotafel, den GdP-Printmedien und der GdP-Hessen-Homepage.

**Matthias Langer**

Zu den aktuellen Seminaren der GdP Hessen per QR-Code:



(roter, gelber und grüner Bereich), das A-B-C-D-E-Schema und den Bodycheck eingegangen.

Nach Bildung von kleinen Gruppen wurde die Einweisung in innovative Materialien zur Versorgung stark blutender, traumatischer Wunden in Notfallsituationen, wie z. B. dem **Tourniquet**® oder dem **Emergency Bandage**® durchgeführt. Sowohl das **Tourniquet**® als auch das **Emergency Bandage**® können vom einzelnen Beamten im Notfall zur Selbstversorgung verwendet werden, um starke Blutungen schnellstmöglich durch Abbinden zu stoppen.

Bislang wurden damit in Hessen lediglich Spezialeinheiten dienstlich ausgerüstet. Doch seit Kurzem sind auch die Interventionsteams mit genau diesen Materialien ausgestattet. Allerdings wird nur eine theoretische Einweisung in diese Medizinprodukte seitens des Dienstherren angeboten.

Nach der Mittagspause wurden in den Kleingruppen an drei Stationen unterschiedliche, praxisnahe Szenarien geübt. Dabei ging es um die Umsetzung der vorangegangenen Theorie, aber auch um Einsatztaktik, Eigensicherung und Grundlagen der Ersten Hilfe.

Die Stationen konnten aufgrund der guten Örtlichkeit, ähnlich wie beim 2. Bildungstag in Zella, sowohl in geschlossenen Räumen als auch an der frischen Luft umgesetzt werden.

Als Weiterentwicklung und anspruchsvolles Highlight des Bildungstages durften die Teilnehmer im Anschluss der drei Stationen eine realitätsnahe Großlage bestreiten.

Trotz der teilweise „bunten Mischung“ der Streifenteams wurde die Einsatzlage erfolgreich gemeistert.



## Die Cops-After-Work-Party der GdP zu Gast in Frankfurt

Am 25. 8. war es wieder soweit. Bei hochsommerlichen 29 Grad ging es am Mainufer in Frankfurt wieder los. Die JUNGE GRUPPE der GdP lud zu einer Fahrt auf der Robert Stolz ein und beging damit die jährliche Cops-After-Work-Party der GdP Hessen in Frankfurt am Main. Nachdem alle Passagiere das Schiff am Main gefunden hatten und das Boarding beendet war, hieß es Leinen los und volle Fahrt voraus. Bei einem atemberaubenden Blick ging es mainabwärts in Richtung Höchst und von dort wieder bis an die Main-schleuse Offenbach.

Obwohl das Schiff leider nicht ausgebuht war, kam zu den Klängen von DJ Martin Aston schnell Sommerfeeling auf und die Passagiere genossen den Blick von Bord und die unterschiedlichen Frankfurter Ansichten.

Im Laufe des Abends gab es zwei Tanzeinlagen zur Musik des King of



Pop, wobei man sehen konnte, dass ein leicht schwankendes Schiff keineswegs von guten „Moves“ abhalten muss. Wie auch im letzten Jahr waren die Plätze am Bug beim Passieren der Frankfurter Innenstadt die Begehrtesten, um dort die besten Bilder der Skyline zu erhalten.

Bei kühlen Getränken und guter Stimmung ging es so den Main entlang bis an dessen Schleusen mainauf und -abwärts und zu guter Letzt noch einmal durch den Osthafen. So kam es zu manch guten Gesprächen und der ein oder anderen heißen Sohle.

Kurz nach Mitternacht wurde dann wieder das südliche Mainufer angesteuert und alle wohlbehalten von Bord gelassen.

Festzuhalten bleibt, dass es trotz der geringen Teilnehmerzahl eine schöne Veranstaltung war, die wohl bis jetzt in Frankfurt noch nicht richtig angekommen ist.

**Maik Bretschneider**





**JUNGE  
GRUPPE**

# **TERRORISMUS - GEFAHREN EINER NEUEN ZEIT**

**WANN:**

**14. UND 15.11.2016**

**WO:**

**ARBEITNEHMER-ZENTRUM  
KÖNIGSWINTER (AZK)**

**WER:**

**MITGLIEDER DER  
GDP - JUNGE GRUPPE  
(KOSTENLOS)**



**ANMELDUNG UND WEITERE INFOS:**

**UNTER [GDP.DE/HESSEN](http://GDP.DE/HESSEN)**

**ODER MAIL AN [HESSEN@GDP-JG.DE](mailto:HESSEN@GDP-JG.DE)**

# Neue Regelung der Pflegezeiten

## Pflegezeitgesetz

Am 1. 1. 2015 wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend eine neue gesetzliche Regelung zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf eingeführt.

Einer der wesentlichen Verbesserungen besteht darin, dass Leistungen aus dem Pflegezeitgesetz und dem Sozialgesetzbuch zusammengefasst wurden und diese Leistung durch ein Pflegeunterstützungsgeld „entgolten“ werden.

## Was bedeutet dies in der Praxis?

Bei einer kurzzeitigen Arbeitsverhinderung durch eine AKUT aufgetretene Pflegesituation kann aus pflegerischen und organisatorischen Gründen eine bis zu **zehntägige Auszeit** für Angehörige beantragt werden.

Eine kurzzeitige Auszeit kann einmalig im Arbeitsleben beantragt werden.

Diese Beantragung erfolgt bei den Dienststellen formlos an die Abteilung -V- auf dem Dienstweg unter Angaben der Gründe.

**Tarifbeschäftigte** müssen bei ihrer jeweiligen Pflegekasse, die bei den gesetzlichen Krankenkassen angesiedelt sind, einen Antrag auf PFLEGEUNTERSTÜTZUNGSGELD stellen. Das Pflegeunterstützungsgeld beträgt ca. 90% der letzten Nettobezüge. Die Vordrucke der Pflegekasse werden ausgefüllt an diese zurückgesandt; das Doppel geht über die jeweilige V-Abteilung an die Bezügestelle des Landes Hessen.

Nach § 29 Abs. 1 Satz 1 Buchst. Doppelbuchst. aa) TV-H wird für einen Tag Sonderurlaub gewährt, sodass das Pflegeunterstützungsgeld für die restlichen, beantragten Tage gezahlt wird.

Für **Beamte** richtet sich die Freistellung nach § 16 Nr. 2 Buchst. C Hessische Urlaubsverordnung.

Es wird einmalig neun Tage Dienstbefreiung aus pers. Gründen und ein Tag Sonderurlaub unter Beibehaltung von 100% Lohnfortzahlung gewährt.

Bei speziellen weiteren Fragen ist es ratsam, die jeweilige Pflegekasse (Krankenkasse) zu kontaktieren, da durch die kurze Geltungsdauer des Gesetzes die Personalabteilungen der Behörden sich teilweise noch nicht auf dem aktuellen Stand befinden.

**Reiner Deichmann**

## STERBEFÄLLE

### Herbert Lange ist gestorben

Ende August erreichte uns die Nachricht vom Tod unseres langjährigen Mitglieds Herbert Lange.

Viele Jahre war Herbert Kreisgruppenvorsitzender der Kreisgruppe Mitte in Frankfurt, die er vom alten 3. Revier in der Hynspergstraße aus geleitet hat. Außerdem war er Mitglied im Frankfurter Bezirksgruppenvorstand und Personalratsmitglied im örtlichen sowie Bezirkspersonalrat. Viele kannten ihn auch als Verbindungsmann der Signal-Versicherung und Sänger im Frankfurter Polizeichor.

Herbert ist schon im Jahr 1992 aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand versetzt worden, hat aber immer noch die Verbindung zu seiner GdP gehalten.

Am 21. August 2016 ist Herbert Lange im Alter von 77 Jahren gestorben.

Zurück bleiben seine Frau Karla, zwei Kinder und zwei schon fast erwachsene Enkelkinder.

**MD**



DEUTSCHE POLIZEI  
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

**Geschäftsstelle:**  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden  
Telefon (06 11) 99 22 7-0  
Telefax (06 11) 99 22 7-27

**Redaktion:**  
Markus Hüschenbett (V.i.S.d.P.)  
c/o Gewerkschaft der Polizei  
Landesbezirk Hessen  
Wilhelmstraße 60a  
65183 Wiesbaden

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Anzeigenverwaltung  
Ein Unternehmen der  
Gewerkschaft der Polizei  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Verantwortlich für den Anzeigenteil:  
Antje Kleuker  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38  
vom 1. Januar 2016  
Adressverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 14 52, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

### Es starben

**Adam Jarl**  
Bezirksgruppe Frankfurt

**Peter Bernet**  
Kreisgruppe Darmstadt

**Klaus Domine**  
Kreisgruppe Rheingau

**Jürgen Lemke**  
Kreisgruppe HLKA

**Rudolf Hartmannshenn**  
Kreisgruppe Butzbach

**Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!**

